

Volksrepublik China

- 7.-21.Jan.: AM Qian zu Besuch in 6 afrikanischen Ländern (Mali, Guinea, Senegal, Elfenbeinküste, Ghana und Namibia). In der chinesischen 3.-Welt-Politik spielt Afrika auch weiterhin eine wichtige Rolle.
- 19.Jan.: Deng Xiaoping trifft zur Inspektion in Shenzhen ein und äußert sich anerkennend über die Erfolge der Sonderwirtschaftszone: ein deutliches Plädoyer für die Reform- und Öffnungspolitik.
- 22.-26.Jan.: AM Levi besucht als erster hochrangiger israelischer Regierungsvertreter China; er äußert sich zufrieden über seine Gespräche: Beide Seiten seien sich einig, Kontakte auf hoher Ebene aufzunehmen.
- 26.Jan.: MP Li Peng beginnt in Rom seinen ersten Besuch in einem westlichen Land seit dem 4.Juni 1989. Am 29.Jan. trifft Li in Bern ein. Weitere Stationen seiner Reise sind das Weltwirtschaftsforum in Davos (29.-30.Jan.), die Gipfelkonferenz des Weltsicherheitsrates (31.Jan.), Treffen mit US-Präs. Bush und dem indischen MP Rao in New York sowie Besuche in Portugal (2.-4.Febr.) und Spanien (5.-6.Febr.). In diesen Ländern entbrennt wegen des Empfangs von Li ein Streit um die Frage der Menschenrechte. Li ruft am 4.Febr. in Lissabon den Westen auf, sich nicht wegen ideologischer Differenzen von der Normalisierung der Beziehungen zu China abhalten zu lassen. Die Menschenrechte seien eine innere Angelegenheit, Unterschiede in den sozialen und politischen Systemen sollten nicht zu einem Hindernis werden. Zu den Folgen des Auseinanderbrechens der SU für China bemerkt Li in Davos, diese wiegen nicht so schwer, "wie einige Leute meinen".
- 11.-15.Febr.: Besuch AM Qians in Kambodscha und Vietnam: Thema ist das Pariser Friedensabkommen. Vietnam und China vereinbaren wirtschaftliche Zusammenarbeit und Visabefreiung für ihre Bürger.
- 23.-25.Febr.: Die parteiamtliche "Volkszeitung" veröffentlicht drei Kommentare, die sich prononciert für eine Intensivierung der Wirtschaftsreformen aussprechen: Es gebe keinen anderen Weg; China könne bei der Entwicklung seiner Wirtschaft auch von kapitalistischen Methoden profitieren. Der Initiator dieses erneuten Reformanlaufs ist Deng Xiaoping, dessen Linie am 12.März vom Politbüro in einer Erklärung unterstützt wird. Die Berichte von Planungschef Zou und Finanzmin. Wang an den Nationalen Volkskongreß beinhalten allerdings keine verstärkten Reformschritte, das Militär dagegen unterstützt den Kurs Dengs.
- 9.März: Formeller Beitritt zum Atomwaffen-Sperrvertrag.
- 10.-12.März: AM Qian besucht die BRD.

Taiwans erste freie nationale Wahlen

Am 21. Dezember 1991 wurde auf Taiwan eine neue Nationalversammlung gewählt. Es handelte sich dabei um die ersten wirklich freien nationalen Wahlen seit der Flucht der Kuomintang (KMT) und ihrer Anhänger 1949 auf die Insel. Erstmals nämlich mußten sich alle Abgeordneten dieses Gremiums, das den Präsidenten wählt und die Verfassung ändert, den Wählern stellen. Nach einem

Beschluß des obersten Verfassungsgerichts aus dem Jahre 1990 wurden die letzten noch auf dem Festland gewählten "eingefrorenen" Parlamentarier mit Ablauf des Jahres 1991 endgültig pensioniert. Aber nicht diese Tatsache allein rückte die Wahlen in den Blickpunkt des nationalen und internationalen Interesses. Wenigstens zwei weitere Aspekte ließen sie als überaus wichtig erscheinen:

1. Ihr Ausgang würde das momentane Kräfteverhältnis zwischen der oppositionellen "Demokratischen Fortschrittspartei" (DFP) und der regierenden KMT verlässlicher bestimmen als in den vorangegangenen Wahlen.
2. Der weitere Reformprozeß in der Republik China, über den während der ersten Sitzung der neuen Nationalversammlung im Frühjahr 1992 beschieden werden soll, würde durch den Wahlausgang entscheidend beeinflußt werden.

Außerdem wurde mit den Dezemberwahlen der Höhepunkt einer innenpolitischen Auseinandersetzung erreicht, die sich seit Jahresbeginn 1991 stetig verschärft hatte: Der Konflikt zwischen den Befürwortern einer taiwanesischen Unabhängigkeit (*T'ai-tu*) auf seiten der DFP sowie den Protagonisten einer chinesischen Wiedervereinigung (*T'ung-i*) auf seiten der KMT.

Die Konfrontationsstrategie der DFP

In den letzten Monaten vor den Wahlen rückte die DFP die Auseinandersetzung um *T'ai-tu* zunehmend deutlicher in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes rückte. Im August veröffentlichte die Partei den Entwurf einer neuen Verfassung für eine unabhängige Republik Taiwan.¹ Den ganzen Sommer über heizte sie eine Diskussion über einen Antrag auf Wiedereintritt in die UNO unter der Bezeichnung "Republik Taiwan" an - obgleich allen Akteuren und Beobachtern gleichermaßen klar war, daß dies aufgrund eines absolut sicheren Vetos der VR China ein aussichtsloses Unterfangen war.² Einen gewissen Abschluß dieser Debatte bildete eine Großdemonstration von 30 000 Teilnehmern in der südlichen Hafenstadt Kaohsiung am 25. Oktober, der größten Kundgebung seit dem "Kaohsiung-Zwischenfall" 1979.

Die Auseinandersetzung mit der KMT um die Unabhängigkeit erreichte vor den Wahlen jedoch erst mit dem 5. Parteitag der DFP vom 12.-14. Oktober ihren Höhepunkt. Schon Tage zuvor waren Gerüchte laut geworden, die radikaleren Kräfte der New Tide-Fraktion würden die Aufnahme einer sog. Unabhängigkeitsklausel (*tu-li t'iao-k'uan*) in das Parteiprogramm durchsetzen. In der Tat wurde ein entsprechender Antrag dann verabschiedet, der eine unabhängige Republik Taiwan auf der Basis eines Plebiszits fordert.³

Nach Auffassung eines daraufhin von der Regierung eingesetzten "Partei-Kontrollkomitees" (*cheng-tang shen-yi wei-yuan-hui*) verstieß die DFP mit dieser Aktion gegen das Organisationsgesetz (*jen t'uan-fa*), daß jeder politischen Organisation Sezessionismus untersagt.⁴ Im schlimmsten Fall droht der DFP deshalb die Auflösung - bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist darüber allerdings noch nicht endgültig entschieden worden.

Der Schritt der DFP erwies sich als gut kalkuliert; denn die KMT konnte es sich nicht leisten, so kurz vor den wichtigen nationalen Wahlen die DFP durch

einen Auflösungsbeschluß zum Sympathieträger der noch unentschlossenen Wählermehrheit zu machen. Sich dieses Vorteils bewußt, konnte die DFP endgültig das wichtigste KMT-Tabu durchbrechen und *T'ai-tu* während eines Wahlkampfes relativ offen diskutieren.

Trotz der hohen politischen Sensibilität des Unabhängigkeitsthemas hatte die Regierungspartei jedoch Grund, gelassen zu sein. Ungeachtet der mutigen Vorhersagen der DFP, deren Führer mitunter von 35-40 Prozent der Stimmen für die größte Oppositionspartei ausgingen, sprachen die Prognosen eine andere Sprache. Und an der Reserviertheit der Bevölkerung gegenüber einer taiwanesischen Unabhängigkeit - immer wieder assoziiert mit sozialer Destabilität (*she-hui pu-an*) und sozialem Chaos (*she-hui-luan*) änderte sich auch nach dem 5. Parteitag der DFP nichts - sie verfestigte sich eher noch.⁵

Die Wahlen

Die KMT ging mit ca. 71% der Stimmen als klarer Sieger aus den Wahlen hervor. Sie verbesserte sich damit nach ihren sensationellen Stimmeneinbußen bei den letzten nationalen Wahlen zum Legislativ Yuan im Dezember 1989 (60,1%) - damals wurden nur 101 zusätzliche Abgeordnete gewählt - um etwa zehn Prozentpunkte. Auf der anderen Seite enttäuschte die DFP mit lediglich knapp 24% der Stimmen. Sie verlor gegenüber den 1989er Wahlen (28,3%) über vier Prozentpunkte. Im Vergleich zu den letzten Wahlen zur Nationalversammlung 1986 - damals verbuchte sie nur 13,1% - gewann die DFP jedoch mehr als 10% der Stimmen dazu. Drei Kandidaten der Unabhängigenallianz (NPA) konnten sich direkt durchsetzen. Alle anderen Parteien scheiterten - sowohl in den Wahlkreisen als auch indirekt - an der 5%-Klausel.

Tabelle: Wahlergebnis

Partei(a)	Stimmenanteil	Kandidaten	Sitze(b)	Anteil der Sitze an der Kandidatenzahl
KMT	71,17%	214	179	83,64%
DFP	23,94%	94	41	43,62%
CSDP	2,13%	45	0	0,00%
NPA	2,27%	35	3	8,57%
Labour Party	0,90%	3	0	0,00%
Workers' Party	0,21%	1	0	0,00%
Unabhängige	2,85%	56	2	2,85%

(a) An den Wahlen beteiligten sich insgesamt mindestens siebzehn Parteien (vgl. Angaben in **Chung-kuo shih-pao**, 22. Dezember 1991).

(b) Zusammen mit den 1986 gewählten und noch für ein Jahr im Amt stehenden zusätzlichen Abgeordneten verfügt die KMT insgesamt über 318 und die DFP über 75 Sitze. Zusammen mit drei weiteren unabhängigen Abgeordneten lautet die Gesamtzahl der Sitze in der neuen Nationalversammlung 403. Der Anteil der abgegebenen Stimmen an der Wahlbevölkerung lautete 68,32%.

Schlußfolgerungen und Perspektiven

Zwei vorläufige Erkenntnisse lassen sich aus den Dezemberwahlen 1991 gewinnen:

1. Die DFP blieb deutlich hinter ihren eigenen Erwartungen zurück. Nicht auszuschließen ist, daß die Partei mit der Verabschiedung einer Unabhängig-

keitsklausel wenige Monate vor den Wahlen einen taktischen Fehler beging. Die Zeit reichte danach nicht, der Bevölkerung ihre Strategie und die Bedeutung der Klausel ausreichend zu vermitteln.⁶

2. Die Etablierung einer dritten oder gar vierten Kraft im politischen System der Insel ist kurz- oder mittelfristig nicht in Sicht. Die unzähligen Kleinparteien, von denen die CSDP und die NPA aufgrund der Prominenz ihrer führenden Persönlichkeiten besondere Aufmerksamkeit fanden, haben (noch) keine nennenswerte Wählerbasis. Allenfalls einige lokal bekannte Vertreter erreichen den Einzug ins Parlament.

In den Analysen nach der Wahl interpretierte die KMT das Ergebnis wiederholt als Plebiszit gegen die taiwanesishe Unabhängigkeit. Die KMT habe mit ihren Zielen - graduelle Verfassungsreformen, Wirtschaftsliberalisierung, sozialer Frieden, chinesische Wiedervereinigung - die Wähler überzeugen können. Die Zahlen lassen sich sicherlich so interpretieren. Dennoch gibt es für den Verfasser Gründe, an dieser Interpretation zu zweifeln:

- Die kleinen Wahlkreise gereichten der Regierungspartei zum Vorteil, weil sie dadurch ihre überlegenen finanziellen und organisatorischen Ressourcen noch besser mobilisieren konnte. So haben die KMT-Kandidaten bei diesen Wahlen dermaßen exzessiv illegalen Stimmenkauf betrieben, daß überhaupt daran zu zweifeln ist, ob die Wähler der Regierungspartei sich bei ihrer Wahlentscheidung mehrheitlich an deren politischen Zielen orientierten. Das Desinteresse am Wahlkampf bestätigt dies jedenfalls nicht. Auch das Reformprogramm der KMT blieb weitgehend im Unklaren.
- Seit Jahren unterstreicht die KMT - gestützt durch zahlreiche Umfragen -, daß allenfalls zwischen fünf und fünfzehn Prozent der Bevölkerung *T'ai-tu* befürworten. Sollte es sich hier also um ein *T'ai-tu*-Plebiszit gehandelt haben, so kann die DFP sogar zufrieden sein. Mit mehr als zwanzig Prozent habe man - so wurde von nicht wenigen führenden Köpfen spitz bemerkt⁷ - "doch eindeutig Fortschritte gemacht".
- Diese Wahl liegt genau im Trend der letzten Jahre. Die DFP steht seit 1986 landesweit - zieht man auch die Provinz- und Lokalwahlen in Betracht - bei ca. 25 Prozent der Stimmen. Daß die 1986 aus der *Tang-wai* ("außerhalb der Partei", also der KMT)-Bewegung hervorgegangene DFP erst seit ihrem 5. Parteitag als Unabhängigkeitspartei gelte und damit ihre eigenen Wähler abgeschreckt habe, ist eine irreführende Behauptung. Tatsächlich war Unabhängigkeit eine der ersten und grundlegendsten Forderungen der *Tang-wai* in den 70er Jahren überhaupt. Nachdem das öffentliche Bekenntnis dazu aber jahrelang als Landesverrat galt - und rechtstechnisch noch heute gilt - mußte sich auch die DFP damit zurückhalten. Trotzdem wußte und weiß jeder Wähler auf Taiwan, wofür die Oppositionspartei steht.

In der neuen Nationalversammlung kontrolliert die KMT nun über 75% der Sitze. Die Opposition verfügt damit nicht über die von ihr angestrebte Sperrminorität, um die Regierungspartei an der ungehinderten Verabschiedung ihres Reformprogramms zu hindern. Dies ist wohl die eigentliche Niederlage der DFP. Worin dieses Reformprogramm der KMT konkret besteht, ist zur Zeit noch

nicht klar ersichtlich. Vor allem die folgenden Punkte werden während der Sitzung ab März zur Debatte stehen:

- Neudefinition der Zuständigkeiten der Nationalversammlung und die Festlegung eines neuen Systems zur Präsidentenwahl.
- Neudefinition der Kompetenzen und des Verhältnisses der fünf Gewalten zueinander, hier v.a. zwischen Exekutiv-, Legislativ- und Präsidentschaft.
- Neudefinition der lokalen Selbstverwaltung mit einer stärkeren Kompetenzzuweisung an die lokalen Gremien.

Alle diese Reformen werden der politischen Landschaft auf Taiwan ein neues Gesicht geben. Mit den ersten Gesamtwahlen zum Legislativ- und Exekutivrat im Dezember 1992 wird dann ein weiteres Jahr politischer Liberalisierung auf Taiwan zu Ende gehen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. **Lien-ho-pao**, 14. August 1991.
- 2 Diese Auseinandersetzung führte am 30. September zum ersten per TV ausgestrahlten Rededuell zwischen einem DFP-Abgeordneten und einem Vertreter des Außenministeriums, in dem die Argumente von Opposition und Regierung stellvertretend ausgetauscht wurden (vgl. **Chung-kuo shih-pao**, 1. Oktober 1991).
- 3 **Chung-kuo shih-pao**, 14. Oktober 1991.
- 4 Vgl. **Lien-ho-pao**, 17. Oktober 1991; **Chung-kuo shih-pao**, 2. November 1991.
- 5 So votierten in einer Umfrage kurz vor den Wahlen 47,5% der Befragten für die Aufrechterhaltung des politischen Status Quo und sogar 24,1% für eine Wiedervereinigung mit dem chinesischen Festland. Ganze 4,1% sprachen sich für eine taiwanesishe Unabhängigkeit aus. 22,7% äußerten keine Meinung. (**Chung-kuo shih-pao**, 2. Dezember 1991).
- 6 Immer wieder betonten die DFP-Führer nach ihrem 5. Parteitag, daß erst ein Plebiszit über die Unabhängigkeit entscheiden solle, falls die DFP an die Macht käme. Man wolle mit diesem Schritt endgültig ein Tabu durchbrechen, da die KMT das Thema Unabhängigkeit zum eigenen Vorteil aus der politischen Auseinandersetzung heraushalten wolle. Auf keinen Fall wolle man die Unabhängigkeit unter dem Risiko einer militärischen Konfrontation mit dem Festland verwirklichen.
- 7 So z.B. Shih Ming-teh und Ch'en Shui-pien gegenüber dem Autor in Gesprächen am 6. und 9. Januar 1992.

Gunter Schubert